

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.86 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 87 877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unter Kiel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 8 Uhr. Postfach-
konto Hannover 87 877.

Nr. 248.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 23. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Wir sind nicht auf dieser Welt, um glücklich zu sein
und zu genießen, sondern um unsere Schuldigkeit zu tun.
Bismarck.

Student, junge Generation und Politik.

I.

Jeder Stand hat sein eigenes Gepräge, ist von seinen Zielen und Aufgaben bestimmt. Das gilt auch für den Studenten, obwohl das Studientum nur eine Übergangszeit ist. Da der Student gleichzeitig ein Teil der jungen Generation ist, lohnt sich schon der Versuch, den Charakter des heutigen Studenten aufzuzeigen.

Das Bild ist sicher einseitig. Großstadt und Kleinstadt haben verschiedenen Studententyp, manche Universitäten, z. B. Marburg, haben ihr besonderes Gepräge. Doch wird das folgende Bild, das in der Hauptsache an einer kleinen norddeutschen Universität gewonnen ist, für weitere Kreise charakteristisch sein.

Das Bild des Studenten hat sich seit dem Kriege oft gewandelt. Waren die ersten Jahre durch die Kriegsteilnehmer bestimmt, so herrscht von 1922 bis 1924 der Werkstudent vor, der sich sein Studium nebenbei verdient und dadurch der Wirklichkeit eng verhaftet ist. Beiden Generationen war ihr Studium ganz ernst, die Not drängte sie zum baldigen Abschluß. Als die wirtschaftliche Lage wieder sicherer wurde, änderte sich das Bild. Der Student von 1925 bis 1928 hatte die Kriegs- und erste Nachkriegszeit nicht mehr bewußt erlebt, er stand nicht mehr so vor dem ersten Zwange, möglichst bald fertig zu werden. Viele gaben sich der Freude des Studentenlebens hin und übersehen den Ernst der Wirklichkeit. Andere ge-
nossen, was den Generationen vorher versagt war: sie waren nicht mehr zum möglichst zeitigen Examen gezwungen und nutzten ihr Studium zur wissenschaftlichen Arbeit, nicht nur zum Pauken.

Heute bietet sich wieder ein anderes Bild. Die Überfüllung der Berufe ist so groß geworden, daß alles aussichtslos ist. Die Möglichkeit der nichtakademischen Berufe ist ebenso gering, so studieren heute notgedrungen 40 000, während im besten Falle nur 25 000 Unterkunft finden können. Das bedeutet, daß jedes Jahr 15 000 akademische Proletarier werden.

Kein Wunder, daß diese Tatsache das ganze Studentenleben bestimmt. Heute ist wieder die Lösung, möglichst bald Examen zu bauen. Viele von denen, die 1930 und besonders 1931 begonnen haben, denken nicht mehr so weit. Ihr ganzes Studium steht unter dem Zeichen der Hoffnungslosigkeit. Die Freude an der wissenschaftlichen Arbeit schwindet immer mehr. Eine Ausnahme bilden nur wir Theologen, ist es ein Wunder, daß viele aus Hoffnungslosigkeit Theologen werden?

Die Folgen dieser Lage für die einzelnen sind verschieden. Viele wollen wenigstens ein paar frohe Jahre haben und betäuben den Ernst. Trotz mancher Ansätze in einzelnen Verbindungen haben die alten Korporationen nicht viel durch die Not gelernt. Die neuen, bewußt wirklichkeitsnahen Verbindungen wie Gilben und Akademische Freischaren sind klein. Die meisten lebendigen Studenten stürzen in die Parteipolitik, natürlich besonders in den Nationalsozialismus, und die größte Anzahl davon erliegt der Gefahr, aus Sehnsucht nach Handeln die grundsätzliche Auseinandersetzung zu vergessen. Auch unter den Studenten siegt das Schlagwort, Sachlichkeit sucht man weithin vergebens. Man denke nur an den „Fall Dehn“, wo die Studentenschaft gegen Dehn rebellierte, weil man ihm Sätze unterschob, die er nie gesagt hatte. So kommt es, daß zwar öfter Rebellionen gegen Mißstände vorkommen (Königsberg, Berlin, München, Weiswald), daß sie aber bald zusammenbrechen, weil die politische Grundbildung nicht ausreicht.

So müssen wir eingestehen, daß die Universität heute nicht die Stätte des neuen politischen Weges ist. Die Studentenschaft als Ganzes ist reaktionär, ist unselbständig. Vielleicht darf man von 18- bis 23-Jährigen auch nicht viel mehr verlangen, doch man denkt unwillkürlich an die Bedeutung der Urburschenschaft nach den Freiheitskriegen. Das Schwerkraft des politischen Willens der jungen Generation liegt jedenfalls bei den etwas Älteren, bei den Kriegs- und Werkstudenten.

II.

Es erscheint kühn, von einem einheitlichen politischen Willen der jungen Generation zu reden. Und doch dürfen wir es. Mögen die einzelnen Glieder in ganz verschiede-

nen Parteien kämpfen, ihr Wollen geht in dieselbe Richtung.

Vor kurzem ist ein wichtiges Buch erschienen: Ernst von Salomon, Die Geächteten. Salomon war am Ende des Krieges 18 Jahre alt und hat von da an alle Kämpfe miterlebt: Revolution, Baltikum, Rapp-Putsch, Oberschlesien, Ruhrgebiet. Er war schließlich einer der Hauptbeteiligten am Rathenau-Mord und hat fünf Jahre im Zuchthaus zubringen müssen. Es ist aber kein Landknechtstyp, der nur kämpfen will. Die Wege dieser Jungen kann man ablehnen, ihr Wollen ist unklar, aber sie wissen eins: „Wir dürfen die Revolution nicht rückgängig machen, wir müssen sie weiterführen. Wir sagten „Nein“ zum Reich jener Tage, weil wir ein „Ja“ zum kommenden schon auf der Zunge hatten.“ Sie wissen, daß für Deutschland alles darauf ankommt, daß es jetzt die Bindung zum westlichen Liberalismus und Kapitalismus löst und seinen eigenen Weg geht, einen „Deutschen Sozialismus“ findet. Schon 1918 schrieb Graf Brockdorff-Rantzau, der deutsche Außenminister, der sich weigerte, den Versailler Vertrag zu unterschreiben, etwa folgendes: Deutschland kann erst außenpolitisch frei werden, wenn es die innere soziale Revolution gewonnen hat. Nicht umsonst weist man darauf hin, daß die Befreiungskriege erst nach der Bauernbefreiung Steins möglich waren.

Wir Jungen können und wollen nicht vor 1918 zurück. Darin sind wir eins. Wir sind eins im Kampfe gegen Liberalismus und Kapitalismus, wir finden uns als Konservative und Sozialistische. Sofort fragt man, und mit Recht: Was heißt das? Daran arbeitet die junge Generation seit Jahren. Die blinde Jugend ist in die Politik eingedrungen, sie hat die alten Parteien zersprengt. Allmählich werden die alten Begriffe rechts = national = Bürger und links = international = Arbeiter, sinnlos. Man weiß sich eins trotz aller Parteiunterschiede. Pfingsten war in Wighausen ein Treffen des Bundes der Kronacher, des Leuchtenburgkreises und des Neuwerts, auf dem ein religiöser Sozialist in einem Vortrag u. a. sagte: „Je nachdem, ob wir stärker die ewigen Werte deutscher Geschichte erhalten oder vor allem die Überwindung des Kapitalismus und die neuen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Lebensformen radikal erreichen wollen, sind wir konservativ oder sozialistisch.“ (darunter versteht er den politischen Weg der jungen Generation) = Konservative + Sozialisten.

Praktisch wird dies neue Wollen an den verschiedensten Orten deutlich. Auf die konservative Bewegung hat noch heute das Buch des zu früh gestorbenen Möller von den Bruck „Das dritte Reich“ stärksten Einfluß. Man sammelt sich im Kreis um die Zeitschriften „Der Ring“, „Der nahe Osten“, „Politische Wochenschrift“, bei den Volkskonservativen und im Christl.-soz. Volksdienst. Die „Jungsozialisten“ finden sich um die „Neuen Blätter für den Sozialismus“, um die „Tat“, in der „Nat.-sozialist. Kampfgenossenschaft Deutschlands“, der Otto-Strasser-Gruppe, dessen Buch „Wir suchen Deutschland“ ein wesentlicher Ausdruck dieses Willens ist. Bei der Volksnationalen Vereinigung weiß man noch nicht, ob das Sozialistische oder das Konservative überwiegt. Natürlich findet man in der nationalsozialistischen Bewegung auch ähnliche Kreise.

Je mehr man sich mit diesen Gruppen beschäftigt, desto deutlicher sieht man, wie die junge Generation trotz aller Unklarheit den Weg in die Zukunft gehen will. Eins ist noch charakteristisch für sie: Man erwartet vom Christentum Hilfe. Nicht von den Kirchen, aber vom Christentum. Auch hier nur ein paar äußere Belege: Die „Politische Wochenschrift“, „Der nahe Osten“, besonders aber die „Neuen Blätter für den Sozialismus“ und „Der Ring“ bringen andauernd Aufsätze von Theologen; im „Ring“ arbeiten die beiden Theologen mit, die außer Tillich wohl jetzt den stärksten Einfluß auf das politische Denken haben: Gogarten und de Quervain. Man wartet aber nicht nur auf die Theologen — die nur in geringer Anzahl mitarbeiten — gerade die „Laien“ stellen die religiösen Fragen. Anfang August war eine studentische politische Arbeitstagung, bei der die Aussprache sich hauptsächlich um die Frage Gott und Staat drehte und ein in der jungen Generation recht führender Volkswirtschaftler sagte: Ohne eine Erneuerung vom Christentum her kann Deutschland nicht genesen.

Wir müssen aber ebenso die negativen Stimmen beachten. Wenn sich bei Otto Strasser öfter schärfste Kritik an dem Christentum erhebt, müssen wir erst einmal zugeben, daß wir schuldig sind. Und wir können auch bei seiner Gruppe merken, wie man auf Leute gern hört, denen man Verständnis und Ernst anheißt, die sich mit unter die Not stellen.

Die Jugend ist in Bewegung, und sie wartet auf Christen. Wir müssen uns mit den andern solidarisch in Schuld und Verantwortung wissen und darum ringen, Gottes Forderungen an uns zu erkennen.

Karl Kampffmeyer.

Um die Kaufkraft des Beamten.

Von Obersteuerinspektor Eggers, Kiel.

Vor der Ära der Notverordnungen war der deutsche Berufsbeamte auf dem Markte der lebensnotwendigen Bedarfsartikel ein regelmäßiger Käufer. Seine Kaufkraft hatte durch die Besoldungsbesserung vom Herbst 1927 in der Tat eine gewisse Auffrischung erfahren. Dadurch wurde es ihm möglich, die im Beamtenhaushalt seit den Tagen der Inflation nicht mehr erneuerten Bestände an unentbehrlichen Gegenständen wenigstens im bescheidenen Umfange zu ergänzen. Das ging freilich je nach Vermögen für den einen schneller, für den anderen langsamer vonstatten. Die hohen Warenpreise und die wiederholt gestiegenen Mieten stellten sich aber sehr bald hemmend in den Weg. Die Kaufkraft des Beamten erlahmte je länger je mehr. Im Laufe der Zeit konnte vor allem der untere oder mittlere Beamte bereits die betäubende Feststellung machen, daß die vermeintliche Stärkung seiner Kaufkraft fast in nichts zerfallen war. Die katastrophale Entwicklung der Verhältnisse legt uns die Pflicht auf, der Frage nachzugehen, wie es denn heute um die Kaufkraft des Beamten bestellt ist.

Darüber dürfte gegenwärtig kein Zweifel mehr bestehen, daß die Beamten als Käufer lebensnotwendiger Bedarfsartikel weitgehend ausgeschaltet sind. Die Geschäftsleute aller Branchen wissen bereits ein Lied davon zu singen, was es heißt, den Beamten als regelmäßigen Käufer zu verlieren. Das Einkommen des Beamten ist heute genau eingeteilt. In der Hauptsache reicht es nur noch eben, um den nackten Lebensunterhalt zu bestreiten. An die Erneuerung von Kleidung und Wäsche, an die Anschaffung von Möbeln und sonstigen unentbehrlichen Haushaltsgegenständen ist jetzt nicht mehr zu denken; dazu fehlt das Geld. Der über den Beamtenetats verhängte Schrumpfungssproß muß sich aber wohl oder übel auf die Wirtschaft selbst auswirken. Einsichtige Kreise der Wirtschaft haben denn auch schon begriffen, daß der Ruin nach weiteren Gehaltskürzungen nicht mehr am Platze ist. Ja, es mehren sich die Stimmen, die davon überzeugt sind, daß jede weitere Reduzierung der Kaufkraft des Beamten den Bestand der Wirtschaft gefährden muß. So hat erst in den letzten Tagen der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Dingeldey im Reichstag erklärt: „Die schweren Lasten, die in den Notverordnungen der Beamenschaft auferlegt wurden, könnten von ihr nur getragen werden, wenn sie begleitet werden von einer anderen Maßnahme, von der Auflockerung des gesamten Systems der Preis- und Lohnbildung in Deutschland.“

Es ist nur zu bedauern, daß diese Einsicht sich erst so spät zu verbreiten beginnt. Wir lebten in einer wahren Gehaltskürzungssphäre dahin. Jeder Nichtbeamte glaubte daran, daß in der Kürzung der Beamtengehälter der Schlüssel zur Beseitigung aller Wirtschaftsnöte gefunden sei. Demgegenüber war der Beamte völlig machtlos. Alle Gegenvorstellungen seiner Organisationen vermochten nichts daran zu ändern: die Kürzungen wurden von einem einflussreichen Teil der Wirtschaft gefordert und von einer in tausend Nöten stekenden Regierung einfach verfügt.

Man sucht man allerdings von maßgebender Seite immer wieder dem an sich als berechtigt anerkannten Einwand, daß die Wirtschaft unter dem Ausfall der Kaufkraft der Beamten leidet, dadurch zu begegnen, daß auf die Notlage ungezählter arbeitsloser Volksgenossen verwiesen wird. Gewiß, wir haben alles Verständnis für die ungeheuerliche leibliche und seelische Bedrängnis dieser unserer Brüder! Aber es geht unseres Erachtens nicht an, zu dieser unerschuldeten Not dieser Bedauernswerten nur auch noch die Not der Beamten hinzuzufügen. Wenn e in Glied in der Familie krank ist, wird diesem damit nicht geholfen, daß ein weiteres infiziert wird! Durch die über den Beamten verhängten diktatorischen Maßnahmen ist er bereits in eine Notlage versetzt worden. Wer das noch leugnen wollte, brauchte sich nur die Bilanzen der Beamtenbanken näher anzusehen. Aus ihnen geht zur Evidenz hervor, in welchem Umfange die Beamtenwirtschaft zur Aufrechterhaltung einer einigermaßen angemessenen Lebenshaltung (in den letzten Jahren schon!) Kredite aufnehmen mußte. Die Konten der sonstigen Beamtenwirtschaftsunternehmungen reden in dieser Hinsicht gleichfalls eine beredte Sprache. Könnte dieser Zustand sich herausbilden unter der Herrschaft des Besoldungsgesetzes von 1927,

vielmehr muß sich das Bild zu Ungunsten der Beamten nach den wiederholten Gehaltskürzungen verschieben! Genuß davon. Die Tatsache besteht, daß der Beamte die Not der Zeit im Übermaß zu fühlen bekommen hat. Ist dadurch aber das Gesamtgeschick des deutschen Volkes irgendwie entscheidend geworden? Mit Bedauern müssen wir feststellen: Nein! Wenn aber der Erfolg der Gehaltskürzungen so gering zu Buche schlägt, war es dann nötig, so könnte man fragen, daß in der Schmälerung der Existenzgrundlagen des Beamten so sehr weit gegangen wurde? Die Ersparnisse für den öffentlichen Haushalt, die z. B. dadurch erzielt werden, daß den Beamten die erste Kinderzulage um 50 Prozent gekürzt wurde, fallen gegenüber der (gebliebenen!) Finanznot durchaus nicht ins Gewicht. Es ist darum kein Wunder, wenn Maßnahmen solcher Art von den Beamten eher als Nadelstiche empfunden werden. Das durch sie geschaffene Maß von Erbitterung und Verdrossenheit wiegt ungleich schwerer als jene unverhältnismäßig niedrige Einsparung auf der Ausgabe Seite des öffentlichen Haushaltes, gar nicht zu reden von der bedenklichen bevölkerungspolitischen Nebenwirkung einer solchen kurzfristigen Maßnahme!

Wer etwa noch heute der Meinung sein sollte, daß die Verringerung der Kaufkraft des Beamten das Allheilmittel für die Staats- und Wirtschaftsgegendung sein müßte, verkennt durchaus die Zusammenhänge. Das glauben wir zum Teil schon oben nachgewiesen zu haben. Vor allem wird aber ein sehr wichtiges psychologisches Moment vielfach vergessen: Eine zu rücksichtslose Einengung des materiellen Fundamentes der Beamtenhaushaltung läßt in ihrem Träger, dem Beamten, das Gefühl geringerer Wertung und Einschätzung aufkommen! Welche Folgen Mitarbeiter hier zu zeigten vermögen, lehrt z. B. der Vorgang auf den englischen Kriegsschiffen, als es sich um die Kürzung des Soldes handelte. Ausländische Staaten haben sonst im allgemeinen davon abgesehen, die geringer besoldeten Beamten zu Notopfern heranzuziehen. Anders in Deutschland! Hier ist keiner geschont worden! Am schwersten empfindet hier der kleine und mittlere Beamte die einseitige Aufregerung finanzieller Lasten in Gestalt der Gehaltskürzungen. Er erblickt in ihnen eine Erschütterung der Grundlagen des Beamtenverhältnisses schlechthin. Bis in die untersten Gruppen der Staatsdienerschaft hatte sich bis dahin noch die Vorstellung erhalten, daß das Beamtenverhältnis als ein Treuverhältnis zwischen Staat und Amtsträger niemals einseitig erschüttert werden könnte. Bürger schien ihm die Reichsverfassung selber (Art. 129, Abs. 1) zu sein. Ausfluß dieser dem einzelnen Beamten in Fleisch und Blut übergegangenen hohen Auffassung von seinem Berufe war ja u. a. der völlige Verzicht auf die scharfe Waffe des Streikrechts, wie es der private Arbeitnehmer für sich in Anspruch nimmt. Als moralische Gegenleistung konnte und durfte der Beamte vom Staate aber auch erwarten, daß dieser ebenso hoch und heilig von dem unverletzlichen Rechtsinhalte des beide Seiten umschließenden und verpflichtenden Treuverhältnisses überzeugt bleiben würde. Heute steht die Beamtenerschaft unter dem erschütternden Eindruck, daß der Staat sich an den bisher geübten Satz „Treue um Treue“ seinerseits nicht unter allen Umständen für gebunden erachtet. Denn durch die maßlosen Eingriffe der letzten Notverordnungen sind unveräußerliche Rechte der Berufsbeamten einfach mißachtet worden. Daß man hierin zu weit gegangen ist, wird gegenwärtig nicht allein von der in ihren vitalsten Interessen sich bedroht fühlenden Beamtenerschaft empfunden, sondern sogar von staatlichen Faktoren selbst zugegeben. So hat kürzlich der preussische Staatsrat die große preussische Sparnotverordnung für verfassungswidrig erklärt. Dabei ist erfreulicherweise zum Ausdruck gebracht worden, daß gerade in der jetzigen Notzeit von der geraden Linie des Rechts keinen Fingerbreit abgewichen werden dürfe. Die Beamtenerschaft muß vor

weiteren Rechtsverkürzungen bewahrt bleiben, soll nicht noch größeres Unheil angerichtet werden. Neben der Schwächung seiner Kaufkraft empfindet der Beamte jede Schmälerung der Existenzgrundlage zugleich als eine Belastung des gegenseitigen Treuverhältnisses. Will der Staat Hand in Hand mit einem ihm in Treue verbundenen und ergebenden Beamtentum regieren, so muß er wohl oder übel für die Sicherung seines verfassungsmäßig garantierten Bestandes einsteigen. Andernfalls gerät der staatliche Organismus in bedenkliche Gefahr. Wirtschaftliche Proletarisierung und politische Radikalisierung der Beamten sind der Tod des gesunden Staatslebens! Darum sagen wir in ernster Stunde: Videant consules! .!

Neue Wege in der ländlichen Siedlung.

Mitten in der großen Not unseres Volkes ist „Siedlung“ zu einem viel-gepriesenen Heilmittel geworden, über dessen praktische Durchführung in weiten Volkskreisen noch große Unklarheit besteht.

Die ländliche Siedlung hat durch die Notverordnung der Reichsregierung vom 6. Oktober 1931 eine weitere Ausgestaltung erfahren. Besonders beachtenswert ist die Schaffung von Staatskommissaren, die auf Grund bestimmter Vollmachten, der vereinfachten Aufbaufeldung im kommenden Frühjahr die Wege ebnen sollen. Der alte Weg der Siedlung, die Herstellung bezugsfertiger einzelner Bauernsiedlungen mit großen Bohn- und Wirtschaftsgeländen, der Verkauf dieser Stellen an einzelne Siedler je nach Kapitalvermögen kann nicht mehr begangen werden. Die Zahl der ernsthaften Siedlungsbewerber wird immer größer, je mehr ehemalige Landwirte aus städtischen Berufen wieder zur Rückkehr aufs Land gezwungen werden, das als Anziehung notwendige Kapital dagegen ist in immer geringerem Maße vorhanden. In Zukunft werden daher landsmannschaftlich und konfessionell geschlossene Siedlergruppen schon im Winter und Frühjahr jeden Jahres zusammengestellt, die die wesentlichsten Arbeiten der „Zwischengewirtschaft“ des Gutes, des Aufbaues der neuen, verkleinerten Gebäude und des Umbaus der alten Wirtschaftsgebäude selbst vornehmen, um durch eigener Hände Arbeit die Kosten einer Siedlerstelle zu vermindern. Die Ansprüche an Wohnraum werden auf das Allernotwendigste eingeschränkt werden müssen. Auch die von Pastor Gustav v. Vobelschwing in der Stille geförderte und zu großer Vollendung in den Versuchssiedlungen in Westfalen gebrachte Lehmbauweise wird zur Verbilligung beitragen. „Aufstiegssiedlung“ in der Art, wie durch die Mitarbeit der Inneren Mission die Deutschrussensiedlung Suchwitz i. Mecklenburg geschaffen wurde, wird das Lösungswort für die nächsten Jahre sein. Den Staatskommissaren, die in erster Linie alle einschränkenden Baubestimmungen außer Kraft setzen können, um die Durchführung des vereinfachten Verfahrens zu sichern, ist große Machtbefugnis gegeben. Die landwirtschaftliche Siedlung, die Tausenden in den nächsten Jahren die Rückkehr zur Landwirtschaft ermöglichen soll, wird erst auf diesem Wege zur Volksbewe-

Das Haus der schönsten

Kleider, Blusen, Mäntel

in reichhaltiger, geschmackvoller Auswahl in modernen Stoffen u. erster Verarbeitung

Primadopheide

Bielefeld
Haus
Bismarck

gung werden und allen Vorwürfen begegnen können, die sie bisher als reichlich kapitalistische aufgezogen kennzeichneten. Auch der freiwillige Arbeitsdienst kann zur Unterstützung des Siedlungsaufbaues herangezogen werden, um weitere Verbilligung zu schaffen.

Gemeinschafts- und Genossenschaftsgedanken werden stärker als bisher das neue, von den Siedlern selbst geschaffene Dorf beherrschen müssen. Die Siedlerberatung und Vermittlung steht damit vor völlig neuen Aufgaben. Stärkster Ausbau der halbamtlichen Beratungsstellen wird mit zunehmender Arbeit der Pfarrerschaft, der Landes- und Provinzialstellen des Evangelischen Siedlungsdienstes (Bielefeld, Münstertierkirchplatz 2a) Hand in Hand gehen.

Die Vorarbeiten für die Siedlung in der Heimat treten in den Vordergrund und können nicht ohne schärfste Auswahl der Siedler, nicht allein nach landwirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Auf die innere Einstellung des Menschen zu seinen Mit-siedlern, zu dem von ihm selbst zu schaffenden Werk, wird es ankommen.

Enge Verbindungslinien ziehen sich zu der geplanten Kleingarten-Siedlung der Erwerbslosen, die zwar nicht der völligen Umstellung der Arbeitslosen auf die Landwirtschaft dienen soll und kann, aber doch manchen aneignen wird, vom Kleingartenbesitzer in langen Jahren wieder zum Kleinbauern zu werden.

Aus der Not des deutschen Volkes wird so auch wiederum Segen erwachsen, Segen für den deutschen Osten, dessen menschenleerer Raum endlich wieder „kolonisiert“ wird, und Segen für den einzelnen Menschen, der zurückfindet zu den Quellen der Natur, die ihm bei freudiger Arbeit den Lebensunterhalt bietet.

Dr. Schulz-Bielefeld.

Einladung der Sachverständigen

zur Mitarbeit in der deutsch-französischen Wirtschaftskommission.

— Berlin, 22. Oktober.

Reichsminister Dr. Brüning hat eine Anzahl führender Männer der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft sowie namhafte Vertreter der Arbeitnehmer eingeladen, in der Eigenschaft von Sachverständigen an den Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission, deren Einsetzung anlässlich des französischen Ministerbesuches in Berlin beschlossen worden ist, teilzunehmen. Ueber den Kreis der jetzt eingeladenen Herren hinaus sollen gegebenenfalls auch noch andere Sachverständige zu den Kommissionsarbeiten hinzugezogen werden. Zur Mitarbeit aufgefordert sind bisher folgende Persönlichkeiten:

Staatssekretär a. D. Bergmann, Geheimrat Brecht-Röhl, Geheimrat Dr. Bacher, Rittergutsbesitzer von Flemming, Abraham Fromme, Reichsminister a. D. Dr. Hamm, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Geheimrat Kahl, Clemens Lammer, Direktor Lange-Berlin, Fabrikbesitzer Lange-Krefeld, Dr. Lejeune-Jung, Reichstagsabgeordneter Lemmer, Dr. Melchior, Fabrikbesitzer Müller-Derlinghausen, Generaldirektor Dr. Boensgen, Reichsminister a. D. von Raumer, Graf von Roedern, Bauerngutsbesitzer Schinn-Merghausen, Karl Schmitz-Duisburg, Dr. von Schnitzler, Wein-gutsbesitzer Freiherr von Schorlemer-Lieser, Kommerzienrat Schwarz-Nürnberg, Ingenieur Otto Schweizer, Staatssekretär a. D. Freiherr von Stein, Staatssekretär a. D. Dr. von Simon, Dr. Solmßen, Reichstagsabgeordneter Tarnow, Generalkonsul Valentin, Oberbergamtsrat von Velsen, Kommerzienrat Vogel-Chemnitz, Rittergutsbesitzer Vogelsang, Fabrikbesitzer Vögel-Mannheim, Dr. Weigelt, Generaldirektor Welter, Reichsbahndirektor Wolf, Otto Wolff-Röhl.

— Im Riesengebirge ist ein Wettersturz eingetreten, der es bis zu sieben Grad Kälte gebracht hat. Die Schneedecke erreicht eine Stärke bis zu acht Zentimetern.

S. D. S.

Einige literarische Bemerkungen und etwas mehr.

Von Wilhelm Schreiner, Bad Ems.

Wir haben so sehr mit uns selbst zu tun in der unsern Westen bescherten Lebenskrise, daß wir sei Monaten fast den Osten vergessen.

Täuschen wir uns nicht:

Das S.D.S.-Signal gehört als Sturmball auf allen Fronten gezogen zu sein. Das evangelische Deutschland aber kann sich gar nicht genug kümmern um die Dinge drüben, gar nicht genug schulen lassen in bezug auf Rußland.

Die sogenannte „Notreihe“, eine Bücherfolge des Eckart-Verlags (Berlin-Steglich) brachte darum rechtzeitig einige Broschüren zu besonderen Kulturfragen des Ostens heraus, die zeigen, wieviel die Uhr ist, und was im Osten sich aufreißt. Da ist zunächst die erschütternde Dokumentensammlung „Ein deutscher Todesweg“, herausgegeben von Dr. Neufuß und Dr. Erka (112 S. 3.— Mk.). Das Buch schildert die Vernichtung des Deutschtums in der Sowjet-Union, und zwar historisch in klarer Darstellung der verschiedenen Phasen dieses Ausrottungskampfes zu Zeiten von Kriegskommunismus, „Rep“ und Kollektiv-Phase.

Auf einem besonderen Spezialgebiet — Schule und Erziehung — reißt Dr. Heims „Die Kollektiv-Erziehung“ (100 Seiten 3.— Mk.) den Abgrund auf, der hier droht und den neuen Menschen gebären soll. Die in der Tat vorhandene, sich stetig steigende Betriebsamkeit und Leistung der Sowjet-Pädagogik wird nüchtern und sachlich auf theoretische Originalität, Lebensangemessenheit und praktische Auswirkung hin untersucht. Kein Schulmann oder Erzieher sollte dieses Buch ungelesen lassen.

Ein ganz neuer Professor Jilins, „Wider die Gottlosigkeit“ (0,80 Mk.). Ich habe allerdings den Eindruck, daß auch in dieser Antisowjet-Schrift der Russe als

Verfasser sich nicht genügend auf den nach Begründungen und Vertiefung fragenden Deutschen eingestellt hat. Jedenfalls wird der Wert bei weitem übertroffen durch R. Themels: „Lenin anti Christus!“ (64 S. 1,90 Mk.). Das Heft dient ausgezeichnet als erste Einführung und schulungsmäßige Grundlage für die Erkenntnis des bolschewistischen Systems, die rein sachliche Darstellung nach den eigenen Quellen der Kommunisten enthüllt am besten die furchtbare Gefahr, die in seiner Methode liegt. Nur die genaue Kenntnis des Gegners und seiner Arbeitsweise kann die christliche Abwehrfront zu einer wirksamen Bekämpfung befähigen, darum ist auch diese Schrift ein Stück wichtiger Handwerkszeuges für die evangelische Gemeinde und ihre Führer, unentbehrlich für jeden, der im Kampf gegen Freidenker- und Gottlosen-Bewegung an der Front stehen will.

Hinweisen möchte ich aber auch mit besonderem Nachdruck auf die beiden erzählenden Bücher von Erich Edgar Dwingers: „Die Armee hinter Stacheldraht“ (Sibiriengefangenenlager) und „Zwischen Weiß und Rot“ (Weide: Eugen Diederichs). Namentlich das Letztere ist in seiner Tragik und Lebensnähe ganz besonders berufen, mitzuarbeiten an einem richtigen Urteil über die Sowjet-Mentalität und das Leiden Rußlands.

Die Perspektive unserer Lage ist ja fast überall von Rußlands Einflüssen mitgezeichnet. Weltabstufung, Weltmarktdumping, Weltarbeitslosigkeit — entstanden und nicht mehr wendbar durch den Verrat des westlichen „freien“ Kapitalismus — werden durch russischen Einfluß als Glieder in der Entwicklung zur Weltrevolution hin benutzt und gefördert. Von jenem „Verrat“ spricht besonders deutlich ein kleines Heft Oswald Spenglers mit dem Titel „Der Mensch und die Technik“ (2.— Mark. C. S. Beck, München). Es steht mehr darunter, als der Titel ahnen läßt. Kein Loblied „erlösender“ Technik à la Generaldirektor Bögl, sondern der Nachweis, daß die Technik die letzte Katastrophe des Menschengeschlechts, mindestens unserer Rasse einleitet. Spengler sieht im Ge-

genßatz zum „Untergang des Abendlandes“ jetzt auch die Gesamtgeschichte der Menschheit als schiefe Ebene, die von der Entzweiung von Mensch und Natur bis zu einem großen Gericht über die weiße Zivilisation führt. Die Kultur sieht er als Gegenbewegung gegen die Natur, die Geschichte des Menschen als Tragödie usw. Je mehr Spenglers Gedanken der Gegenwart zu eilen, desto packender wird seine Sprache. Unsere Maschinenteknik ist die letzte Form unseres Strebens, die Herrschaft über die Erde an uns zu reißen. Aber schon erheben die Fundamente dieses gewaltigen Baues. Die Seiten über den Verrat an der Technik, den die weiße Rasse in blinder Habgier beging, als sie die „Farbigen“ in ihre technischen Geheimnisse und Methoden einweihte, ferner das, was Spengler über die Folgen dieses Verrates sagt, die alle Kulturvölker in ihren Arbeitslosen heute am empfindlichsten spüren, sind Deutungen der Gegenwart, die alle Politiker, Wirtschaftler, Industrielle durchdenken sollten.

Man kann — und vielleicht kommt auch Spengler noch zu solcher Perspektive — das physikalische Bild jener schiefen Ebene auch in anderer Kategorie werten als die Entartungsgeschichte des Menschen, der sich aus der Schöpfungsgemäßheit, d. h. der Gottgebundenheit in Erkenntnis und Willen löste und sich an ihrem Faden, den der selbtherrliche Mensch für die Schöpfung bedeutet, bis zu einem alles bedrohenden Gericht des Endes verliert.

Im Zusammenhang mit den Finanz-Katastrophen sei zuletzt dann noch hingewiesen auf Berthold Ottos zwei vollständig lebendig und scharf geschriebene Bücher „Moral und Wirtschaft“, sowie „Von der Rentenmark zur Arbeitsmark“ (Bln. Lichterfelde je 2.— Mk.), die das Geld denken bis in die Wurzeln enthüllen und wenigstens an dem Ende helfen wollen, entgegen jener Entartungsgeschichte einer Neugeburt der menschlichen Beziehungen finanzieller Art Raum zu schaffen. Berthold Otto ist für den „Aufwärts“-leser kein Fremder. Er ist des Studiums wert.

Der Empfang Lavals in Amerika.

Das Programm der politischen Besprechungen. — Hoover erklärt: Der Youngplan ein trauriger Fehlschlag.

— New York, 22. Oktober.

Der Empfang des französischen Ministerpräsidenten Laval in den Vereinigten Staaten verspricht nach dem, was bisher darüber bekanntgeworden ist, alles in den Schatten zu stellen. Die politischen Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover werden in den Nachmittagsstunden des Freitags beginnen. Am Sonnabend und Sonntag wird der französische Ministerpräsident einer Einladung Simons folgend in dem Sommerhaus des amerikanischen Außenministers weilen. Am Montag wird Laval Washington wieder verlassen und über Philadelphia nach New York zur Rückfahrt nach Frankreich zurückkehren.

Ueber die Auffassung Hoovers liegt eine Meldung vor, nach der der amerikanische Präsident Finanzberatern gegenüber rundweg erklärt hat: Der Youngplan war ein ebenso trauriger Fehlschlag wie der Dawesplan.

Die New Yorker Banken lehnten einstimmig das in ultimativer Form seitens der Bank von Frankreich gestellte Ansuchen auf Erhöhung des Zinsfußes für ihre Einlagen ab. Sie erklärten, daß die französische Drohung für den Fall der Nichtbewilligung riesige Beträge aus Amerika abzurufen, undurchführbar sei, und daß die Rückwirkungen einer solchen Kapitalbewegung Frankreich ebenso abträglich sein müßten wie den Vereinigten Staaten selbst. Die französische Notenbank setzte trotzdem die Umwandlung ihrer Depots in andere Dollaranlagen fort und trat abermals in großem Stil als Käufer für Bankaktien am New Yorker Platz auf.

Der B33-Präsident auch anwesend.

Der Präsident der mit der Einfassierung der deutschen Tributzahlungen beauftragten Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, Mac Garrah, ist soeben in New York eingetroffen. Wie er erklärt, handele es sich bei seinem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten um eine Urlaubsreise. Daß Präsident Hoover ihn eingeladen hat, um mit ihm Finanzfragen zu besprechen, bestreitet Mac Garrah.

Frankreichs Sicherheitswünsche.

Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Wirtschaftsblokade gegen einen „Angreifer“?

— New York, 22. Oktober.

Der Vertreter der Associated Press berichtet, der französische Ministerpräsident Laval habe zu verstehen gegeben, daß er bereit sei, dem Präsidenten Hoover „auf halbem Wege“ entgegenzukommen, wenn Hoover irgendwelche Vorschläge mache, die für das französische Parlament annehmbar seien. Wenn er (Laval) die Zusage amerikanischer Zusammenarbeit erhalten könnte, die vom französischen Standpunkt aus eine Einschränkung der Rüstungsausgaben rechtfertigen würde, so würde der Spielraum für seine Washingtoner Verhandlungen erweitert werden.

Im Zusammenhange hiermit verlaufe, daß Laval bereit sei, ein Abkommen vorzuschlagen, daß im Falle eines Krieges, in dem eines der beiden Länder verwickelt würde, keiner der beiden Vertragspartner die Verwendung seiner Hilfsmittel gegen den anderen gestatten würde. Die französische Auffassung gehe dahin, daß ein derartiges Abkommen sehr unklar sein und möglicherweise noch andere Mächte als Unterzeichner einschließen sollte. Falls dann Frankreich oder die Vereinigten Staaten oder eine andere

Signatarmacht angegriffen werden sollte, würde keine dem Abkommen beigetretene neutrale Macht den Angreifer durch Lieferung von Munition oder anderen Vorräten unterstützen. Das Haager Gericht würde zu entscheiden haben, wer der Angreifer sei.

Der Washingtoner Korrespondent des „Petit Parisien“ erklärt, im Staatsdepartement halte man es nicht für unmöglich, daß die Vereinigten Staaten auf gewisse Neutralitätsrechte im Kriegsfall verzichten wollen, falls eine wirtschaftliche Blockade von anderen Mächten gegen einen „Angreiferstaat“ geschaffen werde.

Wesentliche Bedingung hierfür würde jedoch sein, daß die Vereinigten Staaten sich nach Fühlungnahme mit den übrigen Mächten in voller Unabhängigkeit geäußert und selber den Angreifer anerkannt und als solchen proklamiert hätten. In diesem Rahmen könnte eine französisch-amerikanische Aussprache in Angriff genommen werden.

Sanierung der Weltwirtschaft.

Hoover gegen jede politische Bindung an Frankreich.

— Berlin, 22. Oktober. Ueber die Stellungnahme Washingtons zu den bevorstehenden Besprechungen Lavals geben Berliner Zeitungen eine Meldung der „Associated Press“ aus Washington wieder, in der es u. a. heißt:

Die amerikanische Regierung stelle sich als Thema zu den kommenden Besprechungen zwischen Laval und Hoover die umfassende Berichtigung der verwickelten Wirtschaftslage vor, einschließlich einer eventuellen Schuldenrevision und einer einschneidenden Rüstungseinschränkung, allerdings ohne eine Garantie Amerikas für die politische Sicherheit Frankreichs. Man erwartet nicht, daß irgendwelche vorherige Regelung in der Form eines französisch-amerikanischen Konsultationspaktes oder in anderer Form zur Besprechung gelangen werden. Die Vereinigten Staaten seien nicht in der Lage, Versprechungen hinsichtlich der Sicherheit Frankreichs oder irgend einer anderen europäischen Nation zu machen. Sollte Laval tatsächlich einen derartigen Schritt vorschlagen, so werde das in Amerika Ueberraschung hervorrufen. Es sei die Auffassung vorherrschend, daß die Sanierung der Weltwirtschaft die einzige Grundlage der Besprechungen bilden werde. In offiziellen Kreisen sei die Erkenntnis vielfach durchgedrungen, daß das Problem der Schuldenrevision im Vordergrund der Besprechungen stehen müsse. Ferner hätten die Vereinigten Staaten schon immer die Rüstungsausgaben als verschärfenden Faktor für die Weltdepression angesehen. Unter einem solchen wirtschaftlichen Gesichtswinkel werde auch das gesamte Rüstungsproblem von Hoover betrachtet werden. Da Frankreich große Summen für seinen Rüstungsbedarf verwende, werde Hoover Laval von der unmittelbaren und gehaltigen Belebung zu überzeugen versuchen, die ein derartiges Gebaren nach Ansicht Amerikas auf die Weltwirtschaftsbilanz haben müsse. Die Frage eines Sicherheitspaktes mit Frankreich müsse in eine ganz andere Kategorie eingereiht werden. Die Vereinigten Staaten hätten Konsultationsverträge über den fernen Osten abgeschlossen, wo für sie Sonderinteressen beständen. Die Beziehungen mit Europa jedoch hätten sie von jeher in eine andere Klasse eingereiht und sie beabsichtigten auch dies weiterhin zu tun.

Abstimmungen im Landtag.

Protest gegen Brotpreissteigerungen. — Aussprache über die Hilfe für die rheinische Landesbank.

— Berlin, 22. Oktober.

Der Preussische Landtag erledigte nach Abschluß der politischen Aussprache eine ganze Anzahl von Abstimmungen.

Angenommen wurde dabei ein Antrag des Landwirtschaftsausschusses, worin die Regierung ersucht wird, Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, um in Zukunft jede Brotpreissteigerung zu unterbinden und bereits eingetretene Brotpreissteigerungen rückgängig zu machen, unter der Voraussetzung, daß die bisherigen Maßnahmen zum Schutze der Getreideerzeugung voll aufrechterhalten bleiben.

Bestätigt wurde der Antrag des Hauptauschusses, die Ackerbauarbeiten auf der Insel Helgoland sofort in Angriff zu nehmen. Nach einem weiteren angenommenen Antrag soll in den Haushalt für 1932 eine erste Baurate von 200 000 Mark für den Neubau der Oderbrücke in Oppeln eingestellt werden. — Zustimmung fand auch der Auschußantrag, wonach die Regierung dafür eintreten soll, daß die Hinterbliebenen der Opfer des Explosionsunglücks in der Magdeburger Scharin-Fabrik von dem Unternehmen ausreichend unterstützt werden.

Desgleichen wurde eine große Anzahl von Anträgen des Beamtenausschusses angenommen sowie der Antrag des Handelsausschusses, die Arbeiten aus öffentlichen Mitteln in den Grenzgebieten möglichst an das einheimische ortsanfällige Gewerbe zu vergeben.

Bei der Beratung der Verordnung über eine staatliche Sicherheitsleistung zugunsten der Landesbank der Rheinprovinz in Höhe von 120 Millionen Mark bezeichnet Abg. Dr. von Gersdorf (Dnat.) die Begründung der Vorlage als geradezu kläglich. Die ganze Angelegenheit müsse erst im Ausschuß gründlich geklärt werden. Abg. Schwenk (Komm.) lehnte die Sicherheitsleistung ab. Abg. Stendel (DVP.) war der Ansicht, daß man bei der Sicherheitsleistung den ordentlichen Rechtsweg hätte beschreiten müssen. Der mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Finanzministers beauftragte

Minister Dr. Schreiber

sprach sich gegen die Ausschlußberatung aus, da die Angelegenheit nicht weiter verzögert werden dürfe.

Die Landesbank der Rheinprovinz sei nicht verschuldet, sondern lediglich illiquide. Sie werde ihre Verbindlichkeiten

abdecken können, wenn sie die ihr zur Verfügung stehenden Werte hereinbekomme. Preußen müsse deshalb durchaus nicht mit dem Verlust des Stützpunktes rechnen. Es solle auch nicht bares Geld gegeben werden, sondern Sachanweisungen. Die Möglichkeit, daß der Staat auf dieser Basis in Anspruch genommen werde, bestehe eigentlich nur theoretisch.

Abg. Leinert (Soz.) hielt die Ausschlußberatung für zwecklos. Abg. Klotz (Ztr.) befürwortete die einstimmige Annahme der Vorlage. Abg. Schmitt-Limbung (Landvolk) ersuchte um eine schnelle Prüfung, ob die Lage der rheinischen Landesbank durch schuldhaftes Verhalten von Beamten der Bank oder von Aufsichtsbehörden entstanden sei. Abg. Falk (Staatspartei) erklärte, es komme jetzt darauf an, einen Notfalland allererstens Art so schnell wie möglich zu beseitigen.

Die von der Opposition beantragte Ausschlußüberweisung wurde danach mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Die Abstimmung über die Verordnung selbst wurde auf Donnerstag zurückgestellt.

Auf gemeinsamen Antrag der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Nationalsozialisten wurde im Fortgang der Sitzung der Untersuchungsausschuß für die Preußenkassen-Kredite mit der Nachprüfung der Vorgänge beim Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte beauftragt. Bestätigung fand der Antrag des Beamtenausschusses auf Ablehnung des kommunistischen Antrages, den Oberbürgermeister von Duisburg, Jarres, seines Postens zu entheben.

Abgelehnt wurde der kommunistische Antrag, einen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung des Zustandekommens des Stinnes-Urteils einzusetzen.

Es folgte die Beratung eines auf einen deutsch-völkischen Antrag zurückgehenden Antrages des Unterrichts-Ausschusses, wonach die Regierung noch einmal den Erlaß des Kultusministers über die Behandlung des Kolonialproblems in den Schulen überprüfen solle.

Landtag beschlußunfähig.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag des Untersuchungsausschusses auf Entfernung des Buches „Im Westen nichts Neues“ aus den Schulbüchereien. Als danach im Fortgang der Beratungen über die Außerkraftsetzung der Verordnung, derzufolge im Geltungsbereich der Städteordnung für die Provinz Schleswig-Holstein die besoldeten Magistratsmitglieder künftig nur von der Gemeindevertretung

Russisches Moratorium?

— Berlin, 22. Oktober.

In den letzten Tagen sind in der Öffentlichkeit verschiedene Meldungen verbreitet worden, die Sowjetregierung beabsichtige, für ihre Geschäftsverbindungen gegenüber dem Ausland und speziell an Deutschland ein Moratorium zu erklären. Von zuständiger deutscher Stelle wird zu diesen Nachrichten gesagt, daß sie durchaus unbegründet sind und als Alarm-Meldungen betrachtet werden müßten. In Wirklichkeit beabsichtige nach deutscher Kenntnis die Moskauer Regierung, weder jetzt noch für die nächste Zukunft derartige Schritte zu unternehmen. Die Tatsachen hätten bis jetzt gezeigt, daß die finanzielle Abwicklung der zwischen deutschen Firmen und der russischen Außenhandelsvertretung getätigten Geschäfte immer sehr befriedigend verlaufen sei. Es sei bisher kein Fall einer Bechdelverlängerung auf Sowjetwechsel in Deutschland vorgekommen. Die russischen Wechsel seien immer pünktlich am Fälligkeitstermin eingelöst worden.

Bei aller Berechtigung zur Beunruhigung, die derartige Meldungen in Industrie- und Handelskreisen hervorrufen müßten, dürfe nicht vergessen werden, daß, gelegt den Fall, Rußland erkläre wirklich einmal ein Moratorium, die deutschen Gläubiger doch insofern hinreichend gesichert seien, als das Reich durch die bekannte Garantieverpflichtung für Ausfälle im Rußlandgeschäft gerahmt werden müsse. Sollten also die Russen einmal infolge irgend einer nur durch eine Verschlechterung der allgemeinen Weltwirtschaftsrisiko möglichen Lage zur Maßnahme eines Moratoriums greifen, so würden sie im Spezialfall Deutschland sicherlich nicht den einzelnen Firmen gegenüber, die im Rußlandgeschäft engagiert sind, ihre Zahlungsunfähigkeit erklären, sondern zunächst die Reichsregierung davon in Kenntnis setzen, die dann ihrerseits dafür Sorge tragen müßte, ihre Garantieverpflichtungen, die sich für Reich und Länder im gegenwärtigen Moment auf etwa eine Milliarde Mark belaufen, zu erfüllen.

Wenn nun schon einmal Gerüchte über die Zahlungsunfähigkeit oder das Nichtzahlenwollen der russischen Regierung im Umlauf sind, so ist es interessant festzustellen, welchen augenblicklichen Umfang das deutsche Rußlandgeschäft hat. Es sind für den Rest des Jahres 1931 noch 40 Millionen Mark an Sowjetverbindungen in Deutschland einzulösen. Den Gesamtumfang des Geschäfts für das Jahr 1932 schätzt man in finanziellem Gegenwert auf stark 300 bis etwa 400 Millionen Mark. Eine genaue Zahl läßt sich im Augenblick deshalb noch nicht angeben, weil bisher nicht alle Sowjetwechsel der Revision- und Treuhandgesellschaft vorgelegen haben. Nach ungefähren Schätzungen ergibt sich für den finanziellen Ablauf des Geschäfts im Jahre 1932 folgendes Bild: Im ersten Vierteljahr sind von den Russen zu zahlen 55 Millionen Mark, im zweiten 78 Millionen, 82 Millionen im dritten Vierteljahr und für das Restquartal des nächsten Jahres die Summe von 165 Millionen Mark. Bei dieser letzten Verpflichtung rechnet man allerdings in deutschen Kreisen, daß sie noch einmal geteilt werden könnte und ihre Tilgung erst im Anfangsquantal des übernächsten Jahres Platz greifen würde.

Bei Aufstellung dieses Zahlungsschemas ist festzustellen, daß mindestens bis zum 1. Juli 1932 die russischen Verbindungen in Deutschland nicht so groß sind, daß sie die Sowjetregierung nicht erfüllen könnte. Man glaubt auch in Kreisen der Reichsregierung nicht die Verpflichtung zu haben, den deutschen Handel und die Industrie nun zu veranlassen, das Sowjetgeschäft zu stoppen, begonnene Lieferungen nicht mehr auszuführen und noch nicht in Gang geleitete überhaupt nicht aufzunehmen. Deutschland ist mit 51 Prozent an der Einfuhr nach Rußland beteiligt. Bei einem solchen Anteil an dem auch im letzten Jahre stärker passiv werdenden russischen Außenhandel — die Passivbilanz betrug im ersten Halbjahr 1931 152 Millionen Rubel — sei es nur dann notwendig, das deutsche Geschäft mit Rußland zu verkleinern oder zu unterbinden, wenn wirklich begründete Befürchtungen dafür vorläge, daß die Russen ihren Verbindungen in Zukunft nicht mehr nachkommen würden.

Eine Erklärung der Botschaft.

Die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, die Ausführungen eines Berliner Blattes über „die dagewesene Schwierigkeiten“ der Sowjetunion, die Zahlungsverpflichtungen an Deutschland zu erfüllen und über die Möglichkeit einer Zahlungseinstellung seitens der Sowjetunion seien vollkommen unwahr und als böswillige Schädigung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu bewerten.

Nachweis der Wirtschaftlichkeit.

Vorsichtiger Kreditgewährung in Sowjetrußland.

— Moskau (über Kowno), 22. Oktober. Die Sowjetregierung veröffentlicht eine von Stalin und Molotow unterzeichnete Verordnung, die sich mit der Finanzierung der russischen staatlichen Unternehmungen, der Industrie und der kollektiven Bauernwirtschaften befaßt. Die Verordnung besagt, daß ab 1. November 1931 sämtliche Filialen der Staatsbank nur an solche Unternehmungen Kredite gewähren dürfen, die in den vorzulegenden Unterlagen ihre volkswirtschaftliche Gesundheit und die Rückzahlungsfähigkeit nachweisen können. Sämtliche Leiter der Staatsbank, die Führer der Kollektiv-Bauernwirtschaften und der Industrieunternehmungen sind für alle aufgenommenen Kredite verantwortlich. Der Rat der Volkskommissare und das Politbüro der kommunistischen Partei machen darauf aufmerksam, daß jeder Verstoß gegen diese strenge Strafen zur Folge hat.

und nicht, wie bisher, von der Einwohnerschaft gewählt werden sollen, abgestimmt wurde, ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

In einer sofort einberufenen neuen Sitzung wurde u. a. der Gesetzentwurf über die Änderung des Gerichtsvertrages mit Lippe genehmigt, ebenso ein Antrag des Handelsausschusses auf reichsrechtliche Regelung des Zugabewesens.

Zum Schluß befaßte sich der Landtag noch mit Anträgen des Handelsausschusses zum Grubenobersteuergesetz und zu Stilllegungen im Bergbau, ohne jedoch die Aussprache zum Abschluß zu bringen. Verbunden damit waren die Anträge zur Explosionskatastrophe auf Sege „Mont Cenis“.

Grandi rüstet zur Reise.

Ausprache mit Botschafter von Schubert. — „Abrüstung und Saldenfrage im Vordergrund.“

Rom, 22. Oktober.
Der italienische Außenminister Grandi hatte mit dem deutschen Botschafter Dr. von Schubert eine längere Unterredung, die nach der darüber ausgegebenen amtlichen Mitteilung mit dem italienischen Gegenbesuch in Berlin in Zusammenhang steht.

Ueber die Bedeutung dieses Besuches schreibt „Tribuna“: Die bereits im August gelegentlich des römischen Besuchs des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers geprüften Fragen stehen auch weiterhin im Vordergrund. Die Ereignisse der Zwischenzeit sind ein Beweis mehr dafür, wie opportunistisch gemeinsame Ausprachen sind, die im Verantwortungsbewußten Geist und mit dem festen Voratz geführt werden, zu Lösungen zu gelangen, die für Europa und die ganze Welt von Nutzen sind. Darin liegen unverändert die Richtlinien der Politik Mussolinis.

Der Besuch Cavalls in Washington und die unmittelbare sich anschließende Reise des italienischen Außenministers nach Amerika zeigen, daß es heute keine isolierten Probleme mehr gibt. Abrüstung und Schuldenfrage bleiben im Vordergrund.

Der Besuch in Berlin wird als Zeugnis für die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien eine ausgezeichnete Gelegenheit für eine Prüfung geben, die den seit August eingetretenen neuen Elementen Rechnung tragen wird.

Anklarheit im Ostasienkonflikt.

Beisprechungen bei Briand. — Die Verwaltung von Mukden an China zurückgegeben.

Ratspräsident Briand hatte eine Beisprechung mit den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens und Spaniens und unterrichtete sie über seine letzten direkten Verhandlungen mit den Delegierten Chinas und Japans. Die Lage ist ziemlich unklar. Briand ist bemüht, eine Einigung beider Parteien zu suchen, denkt offenbar aber auch daran, für den Fall eines Mißerfolges dem Rat von sich aus Vorschläge zu machen.

Die aus Ostasien vorliegenden Meldungen sprechen von einer formellen Rückgabe der Verwaltung Mukdens an China — allerdings sollen den Chinesen japanische „Ratgeber“ zur Seite gestellt werden — und von einem Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Tschangkaifschang um Entlassung französischer und englischer Truppen nach Schanghai. In Schanghai sind 150 Vertreter Südjapans zu Einigungsverhandlungen mit Nanjing eingetroffen.

Wirtschaftsbeirat ernannt.

Am 29. Oktober Eröffnungssitzung. — Unter Vorsitz Hindenburgs.

Berlin, 22. Oktober.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat Reichspräsident von Hindenburg nunmehr die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats ernannt. Zweck dieses Beirats ist die Lösung der lebenswichtigen Fragen in der Gestaltung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik. Gleichzeitig mit der Ernennung hat der Reichspräsident die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Reichsregierung auf Donnerstag, den 29. Oktober, in sein Haus eingeladen. An dieser Sitzung werden auch Reichsbankpräsident Dr. Cuhler und der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, teilnehmen. In der Eröffnungssitzung wird Reichspräsident von Hindenburg den Vorsitz führen.

Ernannt zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats wurden folgende Persönlichkeiten:

Geh. Kommerzienrat Dr. Ernst von Borjig, Berlin; Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Königsberg; Reichskanzler a. D. Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hapag, Hamburg; Gewerkschaftsführer Wilhelm Eggert, Berlin; Gewerkschaftsführer Peter Graßmann, Berlin; Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königsberg i. Pr.; Kaufmann Dr. Bernhard Grund, Präsident der Handelskammer Breslau; Kaufmann Dr. Albert Haeckelberger, Dessau; Papierfabrikant Georg Haindl, Augsburg; Wagenbaumeister Wilhelm Heder, Präsident der Handelskammer Düsseldorf; Gutsbesitzer Dr. Holmeier, Eilenburg; Dr. Josef Jahn, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin; Kaufmann Louis Körner, Berlin; Rittergutsbesitzer von Oden, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg; Bernhard Otte, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin; Direktor Dr. Rob. Ferdinands, Köln;

Bädermeister Ernst Pflaumacher, Magdeburg; Direktor der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhardt, Charlottenburg; Mag. Köffiger, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin; Dr. jur. Schmitt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein A.-G., Berlin; Geh. Kommerzienrat Dr. Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied der J. G. Farbenindustrie A.-G., Berlin; Dr. Paul Silverberg, Köln; Otto Suhr, Vorstandsmitglied des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin; Generaldirektor Dr. Albert Vögler, Dortmund; Fabrikdirektor Willy Wille, Dresden.

Wie sich aus der Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirats ergibt, ist darauf Rücksicht genommen, möglichst alle Kreise der deutschen Volkswirtschaft und alle Landes- teile zu berücksichtigen. Eine Erweiterung der Mitgliederzahl würde die Aktionsfähigkeit des Beirats gefährden. Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Klein- gewerbe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind durch Persön- lichkeiten vertreten, die Gewähr dafür bieten, daß neben den großen gemeinsamen Interessen der gesamten Volkswirt- schaft auch die Interessen der einzelnen Berufsstände und Wirtschaftsgebiete gleichwertig und mit gleichem Nachdruck vertreten werden.

Die Bedeutung des Wirtschaftsbeirats.

Nach Auffassung amtlicher Stellen kommt dem Wirt- schaftsbeirat außerordentliche Bedeutung zu, wie es sich auch daraus ergibt, daß Reichspräsident von Hindenburg nicht nur die Ernennungen vollzogen, sondern auch die Ein- lodungen hat ergehen lassen, unter Uebernahme des Vor- sitzes. Derartige Sitzungen unter dem Vorsitz des Reichs- präsidenten, die man zu dem Kronrat der Vorkriegszeit in Parallele stellen kann, sind jedoch äußerst selten.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Rang der Initiative während der Dauer der Beratungen nicht aus der Hand geben will. Was die Größe des Wirt- schaftsbeirats betrifft, dürfte ein Ausgleich darin gefunden werden, daß man die praktische Arbeit gleich nach den ersten Sitzungen in besonderen Ausschüssen behandelt, die der Vollkonferenz entsprechende Vorschläge zu machen haben.

Plünderung eines Lebensmittelgeschäfts.

Essen, 22. Oktober.

Im Stadtteil Vorbeck drangen etwa 40 Mann in eine Verkaufsstelle des Konsumvereins „Selbsthilfe“ ein und ent- wendeten Lebensmittel. Was die Plünderer nicht mitneh- men konnten, wurde von ihnen vernichtet. Sie warfen Eier gegen die Wand, zertraten Lebensmittel und flüchteten dann unter dem Rufe „Heil Hitler!“. Jedoch ist einwandfrei fest- gestellt, daß es sich um Beute handelt, die vorher an einer kommunistischen Demonstration teilgenommen hatten und von der Polizei in eine Nebenstraße abgedrängt worden waren.

Braunschweig berichtet.

Berlin, 22. Oktober.

Wie mitgeteilt wird, ist der vom Reichsinnenminister Groener angeforderte Bericht der braunschweigischen Regie- rung im Reichsinnenministerium eingetroffen. Der Bericht deckt sich im wesentlichen mit den bereits mündlich von dem braunschweigischen Gesandten gemachten Mitteilungen und ebenso mit der Darstellung, die der Garnisonälteste von Braunschweig, Oberst Geyer, dem Reichsinnenminister ge- geben hat.

Weitere Senkung der Kommunalsteuern.

Berlin, 22. Oktober.

Auf Anregung des Abgeordneten Dr. Gerede beschäf- tigen sich jetzt die beteiligten Regierungsstellen mit der Frage, ob die infolge der allgemeinen Realsteuerverkürzung erzielten Ersparnisse an Mitteln der Reichssozialhilfe zur Ausdehnung des bisherigen kommunalen Lastenentlastungsgebietes auf weite- re Landkreise und Landgemeinden in den Provinzen Pommern, Brandenburg und Niederschle- sien verwendet werden können.

17 Tote in Herne.

Die Opfer der Schlagweiterexplosion auf Mont Cenis.

Von den in den Krankenhäusern in Bochum und in Dortmund liegenden schwerverletzten Opfern der Gru- benexplosion auf Mont Cenis sind weitere fünf Knappen ihren schweren Brandwunden erlegen, so daß sich die Zahl

der Todesopfer auf 17 erhöht. Bei dem einzigen noch in Bochum befindlichen Schwerverletzten besteht die Hoffnung, ihn am Leben erhalten zu können, während sich die im Krankenhaus Boernig untergebrachten Verletzten außer Ge- fahr befinden.

Zur Unterstützung der Hinterbliebenen hat der Vor- sitzende des Grubenvorstandes persönlich 10 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Stadt Herne hat für jeden Toten und Verletzten den Betrag von 100 Mark bewilligt. Außer- dem hat die Knappschaft in Bochum das Sterbegeld in Höhe von 200 bis 250 Mark zur Auszahlung gebracht und die Knappschaftsberufsgenossenschaft einen Vorschuß auf die Unfallrente für den Monat Oktober an die Hinterbliebenen gezahlt. Die Kosten der Beisetzung der Todesopfer über- nimmt die Seuchenverwaltung.

Absturz eines Amateur-Flegers.

Bern, 22. Oktober. Bei Dietikon zwischen Baden und Zürich stürzte aus etwa 80 Metern Höhe ein Sportflugzeug infolge Flügelbruchs ab. Der Pilot, der 36jährige Ingenieur Hugo Schmidt aus Zürich, der das Flugzeug selbst kon- struiert hatte, wurde getötet.

Legte Meldungen.

Nätritt des Bischofs der evangelischen Kirche von Lettland.

Der Bischof der evangelischen Kirche von Lettland, Dr. Irbe, ist zurückgetreten und hat deshalb eine außer- ordentliche Synode zum 10. November einberufen, die die Wahl des Nachfolgers vornehmen soll. Die Presse bringt den Nätritt Dr. Irbes in Zusammenhang mit der Dom- kirchenfrage.

Im April Neuwahlen in Frankreich.

Die Neuwahlen für die französische Kammer werden wahrscheinlich auf den 17. und den 24. April festgesetzt werden.

Das irische Standgericht konstituiert.

Das irische Standgericht hat sich bereits konstituiert und 12 Organisationen für illegal erklärt, darunter die so- genannte „Irish Republican Army“, die „Revolutio- näre Arbeiterpartei“ und die „Freunde Sowjetrußlands“.

Amerika baut ein zweites Marineflottillenschiff.

Der Staatssekretär für die amerikanische Flotte, Adams, hat Auftrag für den Bau eines zweiten Luftschiffs, gleich der „Acrion“, erteilt. Gleichzeitig verfügte er die offi- zielle Uebernahme der „Acrion“.

Bethel.

Donnerstag abend 8½ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Christl. Verein junger Mädchen.

Auf allgemeinen Wunsch sind wir gern bereit, den

Volksliederabend

Sonntag, den 25. 10. abends 8 Uhr im Affapheum noch

einmal zu wiederholen.

Die Gemeinde der Kranken und Gesunden ist herzlich

eingeladen.

Zur Linderung der Not in der Jugendarbeit wird ein

Eintritt von 20 Pfennig erhoben.

Der Vaterländische Frauenverein bittet alle Vor-

inhaber, die Gewinnliste am Donnerstag und Freitag

(vormittags von 10—12, nachmittags von 15—18 Uhr) in

Gosen, 1. Tür links, einsehen zu wollen.

Die Gewinne können gleich mitgenommen werden, da

der Saal bis Freitag abend geräumt sein muß.

Christlicher Verein junger Männer.

Donnerstag 8 Uhr Jungvolkabund. „Betrachtungen

zum Haus der Technik“ und „Th. Körner-Abend“.

Freitag 8½ Uhr Bibelstunde. Jes. 22 und 23.

Anzeigen aus Bethel.

Voranzeige.

Wegen verzögerter Lieferung einiger Apfelsorten fin-

det unser diesjähriger Obstverkauf in der ersten Novem-

berwoche statt.

Näheres wird noch bekannt gegeben.

„Ophir“, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Am Montag, den 19. Oktober 1931, starb plötzlich und unerwartet unser Mitarbeiter, der Bauhilfsarbeiter

Herr Heinrich Diesteltamp

Der Verstorbene hat 22 Jahre bei uns gearbeitet und wir haben ihn als einen treuen und fleißigen Arbeiter schätzen gelernt. Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben.

Bethel, den 21. Oktober 1931

Maurergesellschaft der Anstalt Bethel

Ernst Münch, Brackwede
Hauptstraße 81

Moderne Augenoptik

Sonnenschutzbrillen, Barometer, Thermometer

Billige gespielte **Pianos**
von Mk. 350.— an unter voller Ga-
rantie-Uebernahme zu verkaufen.

Festing, Pianofortefabrik, Bielefeld, Bahnhofstr. 6

Heidschnuckenlammfleisch
Postpaket ½ Braten, ½ Kochfleisch 8,50 Mk. einschl. Porto und
Verpackung gibt ab die

Arbeiter-Kolonie, Freilicht, Kr. Sulingen (Prov. Hannover)

Hier sparen Sie...

Kaufen Sie direkt bei uns! Und fort sind alle Wäsche- und
Kleidungs-Sorgen. Es ist ja alles soviel billiger und Sie
haben dabei nur gute und beste Qualitäts-Webwaren.

Damen-Taschentücher mit schön. Hohlraum, rein
weiß, normale Gr., p. St. 08

Vorzugs-Angebot! Nur kurze Zeit!

2 Stück Betttücher bestes Fabrikat,
dicht geschlossenes
Gewebe, rein weiß gebleicht, aus
edlen reinen Garnen gewoben, dauerhaft
im Gebrauch, daher beispiellos günstig.
volle Größe (da auf 225 cm geschnitten)
150/220 cm zusammen nur Mk. 4.40

Textilmanufaktur Haagen

WILHELM SCHÖPFLIN . HAAGEN 37 A (BADEN)

Ein junger Mann, 21 J., sucht
zum 1. oder 15.

Stellung

in der Landwirtschaft. Selbiger
ist mit sämtlichen Arbeiten ver-
traut. Angebote unter A 1978
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Im Diakonissenhaus-Salem
Cottbus ist ein

Zimmer

für alte, pflegebedürftige Dame
frei. Näh. durch Schw. Frida
dieselbst.

Dauermieter
oder ein bis zwei j. Mädchen
z. Erlernung guter Küche finden
bei mäßigem Pensionspreis

Aufnahme

in ruhigem, kl. Willenhaus. Für
Erholungsgäste Tagespreis
3,75 bis 4 Mk. Gesunder Aufenthalt,
nahegeleg. schöne Spaziergänge.

Hrl. von Otterstedt,
Ballenstedt-Garz, Post-Str. 61.

Betten Schlafm.
u. Holz- Stuhlrohr.
Kinderb., Polster, Chaise, an jeden. Teils.
Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und
Rohkost **Ebert**
Benneckenstein-Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

**Leichtlungerkrankte u.
Erholungsbedürftige**

finden liebevolle Aufnahme bei
zeitgem. Preise. Liegehallen am
Walde, Zentralheizung usw.

Kurheim Frau Dr. Brandner,
St. Blasen.

Carl Lepper
Bielefeld, Gehrenberg 23
Fernsprecher 976.

Spezialhaus
für erstklassige
und solide

Schuwaren
jeder Art.

Stets billige Preise.